

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 3. November 2021

§ 438

Verpflichtungskredit über maximal 800'000 Franken für die Neuausrichtung der Laufbahnberatung im Erwachsenenbereich und den Pilotbetrieb während vier Jahren

(Berichte Regierungsrat, 22.6.2021; Kommission Bildung/Kultur und Volkswirtschaft/Inneres, 25.8.2021)

Eintreten

Priska Müller Wahl, Niederurnen, Kommissionspräsidentin, beantragt Eintreten und Zustimmung zum Antrag von Kommission und Regierungsrat. – Die Vorlage ist wichtig für die Neuausrichtung der Laufbahnberatung im Erwachsenenbereich und ermöglicht einen Pilotbetrieb während vier Jahren. Da der Bund rund 400'000 Franken beisteuert, geht es für den Kanton Glarus um rund 100'000 Franken pro Jahr, die dafür investiert werden sollen. – Der Arbeitsmarkt verändert sich immer schneller. Lebenslanges Lernen wird wichtiger. Ein externer Bericht von 2019 kommt zum Schluss, dass es im Kanton Glarus Bedarf an Weiterentwicklung gibt. Das Konzept der Verwaltung zeigt noch einmal klar auf, dass die beantragte Verstärkung der kantonalen Beratung unbedingt nötig ist. Diese betrifft Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne Berufsabschluss. Hier muss man im Kanton Glarus dringend ansetzen. Er ist besonders betroffen, weil 23 Prozent der zwischen 25- und 64-Jährigen im Kanton Glarus weder über einen Lehrabschluss noch eine Matura verfügen. Sie sind gefährdet, aufgrund der Transformation auf der Strecke zu bleiben und im schlimmsten Fall in die Sozialhilfe abzurutschen. Trotzdem investiert der Kanton Glarus nur halb so viele personelle Ressourcen in diesem Bereich wie im Durchschnitt der Kantone und viel weniger als vergleichbare Kantone. Die Betroffenen müssen begleitet werden. Die Kommission war deshalb grossmehrheitlich der Meinung, dass das Geld gut investiert sei, wenn nur schon wenigen Personen mit dieser Beratung geholfen werden kann. Zudem setzt der Regierungsrat vorliegend Massnahmen aus seiner Legislaturplanung 2019–2022 um. – Wenn die Beratungen mit den bisherigen personellen Ressourcen abgedeckt werden müssten, leidet die heutige Berufsberatung. Dort konnten Fortschritte erzielt werden. Das Level ist zu halten, sodass in Zukunft der Ausbildungsstand verbessert wird. – Dank gebührt Regierungsrat Markus Heer für die Einführung in die Vorlage, Departementssekretär Christoph Zimmermann für die Unterstützung beim Kommissionsbericht sowie Jacqueline Paysen-Petersen für das Protokoll. Ein spezieller Dank geht an die Kommissionsmitglieder für die angeregte Debatte.

Sarah Küng, Glarus, Kommissionsmitglied, votiert namens der SP-Fraktion für Zustimmung zum Antrag von Kommission und Regierungsrat. – Die vom Regierungsrat vorgesehene Stärkung der Beratung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ohne Berufsabschluss ist dringend nötig. Betroffen sind 23 Prozent aller Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons

Glarus zwischen 25 und 64 Jahren. Es geht nicht um Personen, die arbeitsscheu, sondern schlicht und ergreifend schlecht ausgebildet sind. Ihnen droht mittelfristig der Jobverlust. Die Digitalisierung schreitet voran. Es gibt immer weniger Arbeitsplätze für schlecht qualifizierte Personen. Der Strukturwandel birgt die Gefahr, dass mittelfristig viele schlecht ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeitslos werden. Es droht sogar Langzeitarbeitslosigkeit. Jeder Fall von Langzeitarbeitslosigkeit kostet die Allgemeinheit enorm viel Geld. Wenn der Landrat also diesem vierjährigen Pilotprojekt 800'000 Franken – wovon der Bund rund 400'000 Franken zurückerstattet – zustimmt, können Arbeitslose verhindert und Kosten für das Gemeinwesen vermindert werden. Den Betroffenen kann aufgezeigt werden, wie sie ihre Qualifikationen ausbauen können, etwa durch Ausbildung, Weiterbildung und Umschulung. Die Gefahr, dass sie arbeitslos werden, sinkt. Ausserdem würde sich so das eine oder andere Einkommen positiv verändern, was auch im Interesse des Gemeinwesens wäre.

Ruedi Schwitter, Näfels, Kommissionsmitglied, unterstützt im Namen der Die-Mitte-/GLP-Fraktion den Antrag von Kommission und Regierungsrat. – Die Arbeitswelt wandelt sich, sie wird abstrakter und digitaler. Wo man früher an einer Maschine noch zwei Knöpfe drücken musste, braucht man heute für die Bedienung fast eine Informatiklehre. Die Anforderungen an die Arbeitnehmenden verändern sich und steigen tendenziell. Ein grosser Teil der heutigen Arbeitnehmenden ist in der Lage, diese Herausforderungen zu meistern und sich an ein verändertes Umfeld anzupassen. Gewisse Personen sind aber nicht von sich aus in der Lage, die Transformation zu bewältigen. Rund ein Viertel aller Arbeitnehmenden im Kanton Glarus verfügt weder über einen Lehrabschluss noch eine Matura. Damit liegt der Kanton Glarus schweizweit fast am Schluss der Rangliste. Diese Personen haben Probleme damit, sich den gesteigerten Anforderungen zu stellen. Genau auf diese Klientel ist der Pilotbetrieb ausgerichtet. Mit externer Unterstützung und Beratung können diese Personen im Erwerbsleben gehalten werden. – In der Kommission tauchte die Frage nach der Verhältnismässigkeit auf. Haben die eingesetzten Ressourcen in dieser Höhe auch wirklich eine Wirkung? Wenn mit dem Einsatz von rund 200'000 Franken pro Jahr nur schon ein bis zwei Erfolge pro Monat erzielt werden können, ist der Nutzen mindestens doppelt, wenn nicht dreimal so hoch. Denn diese Personen müssen nicht durch die Sozialwerke unterstützt werden. – Der Kommission war es wichtig, dass nach Abschluss der Pilotphase ein Rechenschaftsbericht erstellt wird. Dieser soll nicht nur Prosa beinhalten, sondern auch Fakten zu Fallzahlen, zur Zielerreichung und zur Erfolgsquote.

Barbara Rhyner, Elm, an der Sitzung anwesendes Ersatzmitglied, beantragt im Namen der SVP-Fraktion die Rückweisung des Geschäfts an den Regierungsrat, verbunden mit dem Auftrag, das Vorhaben im Sinne der Ausführungen zu redimensionieren. – Es ist festzuhalten, dass die SVP-Fraktion nichts gegen die Aus- und Weiterbildung von Erwachsenen einzuwenden hat. Man muss in der heutigen Zeit flexibel sein und in schwierigen Situationen agieren und reagieren. Wenn man aber die Initiative ergreift, stehen einem heute schon Tür und Tor offen, um die eigene Situation zu verbessern. Offenbar ist es sogar zehn Jahre vor der Pensionierung in Glarus ohne Weiteres möglich, einen Termin bei der Berufsberatung zu erhalten. Es gibt zudem eine schweizweite Kampagne mit dem Titel «Einfach besser». Diese Kampagne soll dafür sorgen, dass Personen, denen die einfachsten Grundkompetenzen fehlen, Kurse besuchen können. Im ganzen Kanton Glarus sind derzeit 15 Kurse ausgeschrieben, in denen man sich diese Grundkompetenzen aneignen könnte. Laut Berufsbildungsamt steigt aktuell die Nachfrage nach einem Lehrabschluss und viele Glarner Betriebe unterstützen ihre Angestellten auf ihrem Weg. Schliesslich haben diese das grösste Interesse an gut ausgebildetem Personal. Der Kanton Glarus wurde schon mehrfach schweizweit als Vorbild in Sachen Integration und Ausbildung von minderjährigen Asylbewerbern erwähnt und auch die Beratung der Jugendlichen ist bestens aufgegleist. Dazu kann man den Verantwortlichen ein Kränzlein winden. Angesichts dieser Beispiele kann man aber nicht sagen, es werde im Kanton Glarus zu wenig gemacht. Man fragt sich, wann es gut genug ist. – Man muss aufpassen, dass man sich mit diesem Pilotbetrieb nicht in eine Abhängigkeit manövriert. In vier Jahren wird es schwierig sein, das Projekt wieder zu beenden, vor allem, wenn dies mit der Entlassung von Personal einhergeht. Die SVP-Fraktion ist einverstanden damit,

dass die Informationen und die Beratungsangebote modernisiert werden. Das kostet selbstverständlich auch etwas. Bei wiederkehrenden Kosten, die auch noch vom Bund angesprochen werden, ist aber Vorsicht geboten – auch angesichts weiterer anstehender Projekte. – Im Rahmen des Pilotprojekts, des Ausbaus des Angebots, sollen auch Ressourcen für Marketing verwendet werden. Das wirft die Frage auf, wie gross das Bedürfnis überhaupt ist. Wer sich als Erwachsener nicht freiwillig aus- und weiterbilden will, ist offenbar zufrieden mit seiner Situation. Dann müsste man vielleicht auch einmal über die Anreizwirkung der Alternativen sprechen. Eine Weiterbildung, die man nur unter Druck in Angriff nimmt, ist nicht nachhaltig

Marius Grossenbacher, Ennenda, votiert im Namen der Grünen Fraktion für Eintreten und Zustimmung zum Antrag von Kommission und Regierungsrat. – 23 Prozent der Glarner Bevölkerung im Erwerbsalter absolvierten nach der obligatorischen Schule keine weitere Ausbildung. Man kann die Globalisierung positiv oder negativ bewerten. Es ist aber eine Tatsache, dass durch diese jene Arbeitnehmenden unter Druck geraten, die schlecht ausgebildet sind. Weitere Anstrengungen sind unbedingt nötig. Man kann schon der Meinung sein, die Betroffenen sollen sich selber bemühen. Dieses Bild ist aber von Vorurteilen geprägt. Diese 23 Prozent umfassen nicht einfach die Dümmeren und schon gar nicht die Faulsten. Es fehlt häufig schlicht der Zugang zu den Möglichkeiten, die ihnen offenstehen würden. Der Landrat hat mit dieser Vorlage die Möglichkeit, etwas für die Chancengleichheit in der Bevölkerung zu tun. Diese hat das Potenzial, die Kosten dank eingesparter Sozialhilfe und vielleicht sogar erhöhten Steuereinnahmen zu kompensieren. Der Landrat soll den Bedarf anerkennen. In vier Jahren kann er die Wirksamkeit beurteilen.

Regierungsrat *Markus Heer* beantragt Eintreten und Zustimmung zum Antrag von Kommission und Regierungsrat. – Es ist eine Realität, dass sich der Arbeitsmarkt wandelt. Erworbenes Wissen verliert mit der Zeit an Wert, neue Kompetenzen sind gefragt. Berufe ändern sich oder verschwinden ganz. Im tertiären Sektor gibt es immer mehr Arbeitsplätze, während sie im sekundären Sektor verloren gehen. Man kann das bedauern, aber nicht ändern. Der Bund hat deshalb reagiert und eine Reihe von Massnahmen in die Wege geleitet. Ein Teil davon betrifft die Unterstützung der Kantone bei deren Bemühungen. Vom Wandel im Arbeitsmarkt besonders betroffen sind die beruflich Schlechtqualifizierten. Der Kanton Glarus hat schweizweit den höchsten Anteil an Beschäftigten im sekundären Sektor. 23 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner zwischen 25 und 64 Jahren verfügen weder über einen Lehrabschluss noch über eine Matura. Damit spürt der Kanton Glarus die Änderungen im Arbeitsmarkt gleich doppelt negativ. Deshalb ist auch klar, dass die heutige Vorlage auf die beruflich gering qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zielt. Es ist sehr wichtig, diese Leute im Arbeitsmarkt halten zu können. Sie verfügen aber über weniger Kompetenzen, sich selber zu informieren. Man kann sie nicht einfach auf Angebote im Internet verweisen. Sie brauchen zusätzliche Unterstützung. In der Regel werden sie auch nicht einfach von sich aus aktiv. Deshalb kann man sich in diesem Bereich nicht einfach mit dem Argument der Eigenverantwortung herausreden. Es ist auch nicht richtig, dass der Bedarf angezweifelt wird. Eine Studie in den Unterlagen widerlegt dieses Argument klar und fundiert. Es geht hier also nicht um etwas Wünschbares. Es geht auch nicht um gutverdienende, gestandene Berufsleute, die in einer Midlife-Crisis stecken und nicht wissen, was sie sonst noch mit ihrem Leben anfangen möchten. Es geht um Arbeitnehmende ohne Lehrabschluss. Bei diesen besteht die Gefahr, dass sie die Sozialwerke – Arbeitslosenversicherung, Sozialhilfe, Invalidenversicherung – belasten. Genau für diese Personen wurde diese Vorlage erarbeitet. Die Beratung will aktiv akquirieren und auf die Leute zugehen – in Zusammenarbeit mit der Regionalen Arbeitsvermittlung, mit den Sozialen Diensten und mit den Sozialversicherungen. Die klassische persönliche Beratung soll gestärkt werden. Die Kooperation mit anderen Kantonen soll intensiviert werden. Die digitalen Dienstleistungen sollen verbessert und das Berufsinformationszentrum erneuert werden. Mit den bestehenden Ressourcen lassen sich diese Ziele nicht erreichen, ausser, wenn die Angebote für Jugendliche reduziert würden. Dort wird gute Arbeit geleistet, das Niveau ist zu halten. Um den notwendigen Weg zu beschreiten, braucht es

deshalb zusätzliche Ressourcen. Die staatlichen Mittel werden hier sehr vernünftig eingesetzt. Jede Person, die dank der Beratung im Arbeitsmarkt verbleibt, entlastet die Sozialwerke. Man denke nur daran, wie viel eine Person kostet, die von der Arbeitslosenversicherung, der Sozialhilfe oder allenfalls der Invalidenversicherung abhängig ist – vielleicht über Jahre, bis zur Pensionierung. – Auch im Kanton Glarus gibt es Bedarf an zusätzlichen Fachkräften. Wenn sich auch ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beruflich qualifizieren, ist das in der Wirtschaft hochwillkommen. – Diese Vorlage entspricht den Massnahmen 6.1 und 6.2 aus der Legislaturplanung 2019–2022 des Regierungsrates. – Mit den 800'000 Franken über vier Jahre kann viel Gutes bewirkt werden. Der Bund finanziert sogar etwa die Hälfte davon. Selbstverständlich ist, dass dem Landrat nach Abschluss des Pilotbetriebs umfassend und fundiert Bericht erstattet wird. Das liegt auch im Interesse des Regierungsrates. Auch er will Resultate auf dem Papier sehen. Auch ist klar, dass der Landrat eine genügende Grundlage benötigt, um in vier Jahren über das weitere Vorgehen zu entscheiden. – Zu danken ist der Kommission unter dem Vorsitz von Landrätin Priska Müller Wahl für die sorgfältige und engagierte Diskussion.

Abstimmung: Der Rückweisungsantrag ist mit 35 zu 19 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Detailberatung

Das Wort wird nicht verlangt.

Der Vorlage ist zugestimmt.